

»Das wäre Wahnsinn und eine Tragödie«

Ein Militärschlag gegen Syrien würde Tausende Menschenleben kosten und kein Problem lösen. Ein Gespräch mit Mairiad Maguire

Der britische Premierminister David Cameron hat mit seinen Kriegsplänen gegen Syrien im Unterhaus eine überraschende Niederlage erlitten. Auch US-Präsident Barack Obama hat Probleme damit, sein Abgeordnetenhauses zu überzeugen. Was bedeutet das?

Das Votum des englischen Parlaments ist eine hoffnungsvolle Botschaft für all jene auf der Welt, die nicht daran glauben, daß Gewalt dem gemarterten syrischen Volk Freiheit und Erleichterung bringen kann. Man muß einen ganz anderen Weg einschlagen: den des Dialogs und der Versöhnung. Gewaltfreiheit, Dialog und Aussöhnung sind die entscheidenden Begriffe, um die Syrien-Krise zu lösen.

Sie waren in jüngster Zeit selbst in Syrien. Welchen Eindruck haben Sie dabei gewonnen?

Die vielen Begegnungen, die ich hatte, haben in mir die Überzeugung gestärkt, daß Frieden in Syrien nur möglich ist, wenn die ausländische Einmischung beendet wird. Dort sind Tausende ausländischer Kämpfer aktiv, die von anderen Staaten finanziert werden, um eigene politische Interessen zu verfolgen.

Gibt es ein Gegengewicht?

Ja, es existiert eine Zivilgesellschaft, die von der Welt Gehör verlangt. Integraler Bestandteil dieser Gesellschaft, die sich dem Haß und der Gewalt nicht beugt, ist die Bewegung Mussalaha (Versöhnung), die Männer und Frauen unterschiedlicher Glaubensrichtungen vereint. Sie fordern keine Waffen, sondern politische Unterstützung. Mussalaha ist eine Vereinigung, die in allen Sektoren der syrischen Gesellschaft vertreten ist. Ihre Gruppen sind in vielen Teilen des Landes aktiv und organisieren dort einen Dialog, um die Voraussetzungen für Frieden und Aussöhnung zu schaffen. Mussalaha vermittelt zwischen bewaffneten Gruppen und Sicherheitskräften, leistet viele Opfern Hilfe und versucht, die Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, um praktische Lösungen im Alltag zu finden. Das alles würde durch einen Militärschlag der USA zerstört.

Es gibt allerdings Leute, die für ein sofortiges Eingreifen plädieren.

Das wäre Wahnsinn und eine Tragödie. Bei einem Krieg weiß man, wann er beginnt, aber nicht, wann er endet. Die Diplomatie braucht Raum und Zeit, man muß den Krieg boykottieren und nicht den Frieden. Eine Militäraktion der US-Streitkräfte oder von Franzosen und Amerikanern – oder in welchem Gewand auch immer – wird Syriens Probleme nicht lösen.

Sie könnte allerdings zum Tod Tausender Syrer und zur Zersplitterung des Landes führen. Das würde eine weitere Fluchtwelle in die Nachbarländer auslösen, den gesamten Mittleren Osten destabilisieren und die Region zum Opfer unkontrollierter Gewalt werden lassen.

Was würden Sie Ihrem Friedensnobelpreiskollegen, dem US-Präsidenten Barack Obama, sagen?

Daß er nicht die Hoffnung der vielen Menschen verraten soll, die an ihn geglaubt haben.

Sie sprechen davon, der Diplomatie eine Chance zu geben. Was empfehlen Sie konkret?

Technische und materielle Hilfe ist nötig, um die Deeskalation des Konfliktes zu fördern. Es muß Gespräche mit allen und den Neubeginn eines nationalen Dialogs zwischen Regierung und Opposition geben, mit dem Ziel – unter Beachtung des Prinzips der Selbstbestimmung – einen Übergang zu vereinbaren, wobei das syrische Volk gefragt werden muß, was es will.

Sie sprachen mehrfach von einem Krieg »auf Rechnung Dritter«. Auf wen beziehen Sie sich dabei?

Vor allem Katar unterstützt bewaffnete dschihadistische Gruppen. Es kommen außerdem viele ausländische Kämpfer über Jordanien und die Türkei ins Land. Soll denen die Zukunft Syriens überlassen werden?

Besteht nicht die Gefahr, der militaristischen Illusion eine wirkungslose Diplomatie entgegenzustellen?

Nein, weil es einen dritten Weg zwischen Gewalt und Resignation gibt: den der Gewaltfreiheit und des Dialogs von unten. In Syrien gehen viele diesen Weg, wir sollten ihnen dabei helfen.

Interview:

Umberto De Giovannangeli

◆ Das Interview erschien zuerst in der italienischen Tageszeitung *l'Unità* am 31. August

◆ Übersetzung: Andreas Schuchardt



Mairiad Maguire (69) ist eine nordirische Katholikin und Pazifistin. Sie erhielt 1976 den Friedensnobelpreis



Die Comicfiguren »Spion & Spion« auf dem Schild eines »Freiheit statt Angst«-Demonstranten am Samstag in Berlin

Die Freiheit der anderen

20 000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen Überwachungswahn

Mögen auch 80 weitere Organisationen zum Demonstrationenbündnis gehören – sie war der wohl größte Wahlkampfauftritt der Piratenpartei in Berlin – Die »Freiheit statt Angst«-Demonstration am vergangenen Samstag. Laut Veranstalter strömten 20 000 Teilnehmer bei strahlendem Sonnenschein zum Alexanderplatz. Auch die Partei Die Linke war mit eigenem Block und Lautsprecherwagen vertreten.

Das Anwachsen der Demonstration seit 2007 zum festen Termin im politischen Kalender verlief parallel zur Entwicklung der Kleinpartei: Was als Protestaktion von Internetaktivisten begann, erhielt schnell Zulauf aus dem linken Lager, vergrößerte sich in der Ablehnung des Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommens (»ACTA«) und hat mit dem Ausspähskandal des US-Geheimdienstes NSA zusätzlich Zündstoff erhalten.

»Die USA bauen riesige Cyberwarzentren und Abhörkomplexe! Diese Datenschutzfrage ist letztlich auch eine Staatsetzfrage«, erklärt Professor

Hans-Jörg Kreowski. Etwas abseits von dem Trubel aus Demonstranten und Ständen haben sich ein paar Mitglieder des »Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.« versammelt. Die Programmierer wollen sich dagegen wehren, daß ihre Produkte zum Unterlaufen von Bürgerrechten genutzt werden. Bei der »Freiheit statt Angst«-Demo finden sich viele Gruppen ein, die man auf anderen Protestumzügen nicht erwarten würde. Rund 30 Jungliberale zum Beispiel – in weißen Hemden mit der Aufschrift »Freiheit«. Daß ihr Freiheitsbegriff hier fehl am Platz ist, wird auf der Straße und auf dem Podium ausgesprochen. »Ich fürchte mich vor dem Ende der Demokratie – diesem Hand-in-Hand-Gehen von Staat und Konzernen«, erklärt eine 40jährige Demonstrantin. Eine Ärztin fragt auf der Bühne, wie noch unabhängige politische Entscheidungen möglich sind, wenn etwa Medizin- und Gesundheitsdaten zentral gespeichert und zugänglich werden.

Der Künstler »padaluun« vom Di-

gitalcourage e.V., der die Moderation übernommen hat, betont zwar die Dankbarkeit, daß die USA »uns von den Nazis befreit« hätten, aber: »Wir sind keine Vasallen Amerikas!« Netzaktivist Jacob Appelbaum unterstützt diese Wut auf den Handelspartner von Übersee. Seine »asshole«-Regierung sähe ihre Bürger als Feinde, die Deutschen nur als unbekannte Ziele von Überwachung. Er fühle sich hier als Ausländer sicherer als in den USA als Bürger, erklärt der junge Mann, der von vielen hier wie ein Popstar gefeiert wird. Er begeistert sie mit Sätzen wie »Kick Merkel out your parliament!« und fordert politisches Asyl für den Whistleblower Edward Snowden.

Trotz bunter Verkleidungen scheinen die Demoteilnehmer nicht mehr als »Nerds« lächerlich gemacht werden zu können. Ob Chaos Computer Club, Grüne, die Gewerkschaft ver.di oder der Schwarze Block – jeder sucht sich hier seinen Vorzugsaspekt staatlicher Überwachung aus, den er besonders kritisiert will.

Conrad Wilitzki

NACHRICHTEN

Rohani: Irans Atomprogramm friedlich

TEHERAN. Der iranische Präsident Hassan Rohani hat der Weltgemeinschaft versichert, daß das iranische Atomprogramm friedlich und alle Atomanlagen des Landes unter Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA sein werden. »Wir fühlen uns allen internationalen Vorschriften verpflichtet, besonders dem Atomwaffensperrevertrag, und dementsprechend werden alle Atomanlagen des Landes auch unter IAEA-Aufsicht sein«, sagte Rohani am Sonntag. In einem Treffen in Teheran mit einer japanischen Delegation erklärte er, daher könne auch für den Atomstreit mit dem Westen eine schnelle Lösung gefunden werden. (dpa/W)

Tunesier fordern Regierungsrücktritt

LE Bardo. Mehrere tausend Tunesier sind im Gedenken an den ermordeten Oppositionspolitiker Mohammed

Brahmi wieder auf die Straßen gegangen und haben den Rücktritt der islamistisch geführten Regierung gefordert. Mit Bildern von Brahmi in den Händen zog die Menge am späten Samstagabend durch Bardo, einen Vorort der Hauptstadt Tunis. Die tunesischen Behörden hatten für den Tod Brahmis im Februar radikale Salafisten verantwortlich gemacht. Die Familien der Opfer und Teile der Opposition sehen hingegen die Regierungspartei Ennahda direkt hinter den Taten. (AFP/W)

Betriebsrat will schnelle Lösung

ESSEN/STUTTGART. Der Karstadt-Betriebsrat drängt auf eine schnelle Lösung im Tarifstreit bei der Essener Warenhauskette. Gesamtbetriebsratschef Hellmut Patzelt sagte den *Stuttgarter Nachrichten* (Samstagsausgabe), er wolle den 20 000 Beschäftigten bis Ende Oktober eine Lösung im Streit um die von der Konzernspitze geforderte zweijährige »Tarifpause« präsentieren. Die Pläne stießen bei ver.di und den

Beschäftigten auf heftigen Widerstand. Vor wenigen Tagen noch hatte ver.di Verhandlungsführer Rüdiger Wolf die Forderung erneuert, Karstadt-Eigentümer Nicolas Berggruen müsse sich mit eigenen Mitteln an den nötigen Investitionen beteiligen. (dpa/W)

NSA hat Zugriff auf Smartphones

BERLIN. Der US-Geheimdienst NSA hat nach einem *Spiegel*-Bericht auch Zugang zu Nutzerdaten von Smartphones führender Hersteller. Betroffen seien Apples iPhone, BlackBerry-Geräte und Telefone mit Googles Betriebssystem Android, berichtete das Magazin am Wochenende unter Berufung auf Unterlagen des US-Geheimdienstes. Der NSA sei es möglich, nahezu alle sensiblen Informationen eines Smartphones auszulesen, etwa Kontaktlisten, den SMS-Verkehr, Notizen und Aufenthaltsorte seines Besitzers. Das Bundesinnenministerium nahm am Sonntag zunächst nicht Stellung zu dem Bericht. (Reuters/W)